

**VERTRAULICH**  
bis zur Feststellung des  
schriftlichen Ergebnisses der  
letzten nicht öffentlichen  
Ausschusssitzung durch  
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg  
Dezernat II, Stadtplanungsamt

**Konferenzzentrum  
Europaweite Vergabebekanntmachung**

## Beschlussvorlage

**Beschlusslauf**  
Die Beratungsergebnisse der einzelnen  
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 29. Mai 2006

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	10.05.2006	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Gemeinderat	23.05.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

**Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

*Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:*

- 1. Dem von der mit der Verfahrensvorbereitung und -durchführung beauftragten KPMG (Klynveld, Peat, Marwick und Goerdeler) angeschlossenen Rechtsanwaltssozietät KDM Kessler Rechtsanwälte Steuerberater (Kessler, Dietborn und Meixner) vorgelegten Verfahrensablauf im Rahmen eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens (siehe Anlage 1) wird zugestimmt.*
- 2. Die von der der KPMG (Klynveld, Peat, Marwick und Goerdeler) angeschlossenen Rechtsanwaltssozietät KDM Kessler Rechtsanwälte Steuerberater (Kessler, Dietborn und Meixner) vorgelegte Vergabebekanntmachung für eine europaweite Ausschreibung (siehe Anlage 2) wird so wie aus der Anlage ersichtlich beschlossen.*

<b>Anlagen zur Drucksache:</b>	
<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>
A 1	Verfahrensablauf <b>(Vertraulich – nur zur Beratung in den Gremien!)</b>
A 2	Europaweite Vergabebekanntmachung <b>(Vertraulich – nur zur Beratung in den Gremien!)</b>

## Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.05.2006

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.05.2006:

### 2.1 **Konferenzzentrum** **Europaweite Vergabebekanntmachung** Beschlussvorlage 0159/2006/BV

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Dr. Greven-Aschoff, Stadtrat Dr. Gradel, Stadtrat Weiss, Stadtrat Gundel,  
Stadträtin Dr. Trabold

Herr Rechtsanwalt Bühner als Vertreter der der KPMG angeschlossenen  
Rechtsanwaltssozietät KDM Kessler erläutert anhand von Folien ausführlich den Entwurf  
der Zeitplanung des wettbewerblichen Dialogs sowie die erforderlichen Stufen des  
Verfahrens entsprechend der Anlagen zur Beschlussvorlage.

Die Transaktionskosten belaufen sich ,bei einer Laufzeit des Verfahrens von 12 bis 13  
Monaten, seiner Schätzung nach auf ca. 400.000 bis 500.000 €. Berücksichtigt werden  
jedoch Leistungen, die die Stadt selbst übernimmt.

Oberbürgermeisterin Weber erklärt, dass es für die Begleitung in diesem Verfahren für den  
Gemeinderat keinen Sonderausschuss gibt, sondern in den einzelnen Phasen je nach  
Bedarf gemeinsame Ausschusssitzungen stattfinden werden.

Fragen aus der Mitte des Haupt- und Finanzausschusses werden von Herrn Bühner  
beantwortet.

Oberbürgermeisterin Weber stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

#### **Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

*Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:*

- 1. Dem von der mit der Verfahrensvorbereitung und -durchführung beauftragten KPMG (Klynveld, Peat, Marwick und Goerdeler) angeschlossenen Rechtsanwaltssozietät KDM Kessler Rechtsanwälte Steuerberater (Kessler, Dietborn und Meixner) vorgelegten Verfahrensablauf im Rahmen eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens (siehe Anlage 1) wird zugestimmt.*
- 2. Die von der der KPMG angeschlossenen Rechtsanwaltssozietät KDM Kessler Rechtsanwälte Steuerberater vorgelegte Vergabebekanntmachung für eine europaweite Ausschreibung (siehe Anlage 2) wird so wie aus der Anlage ersichtlich beschlossen.*

gez.  
Beate Weber

**Ergebnis:** Zustimmung zur Beschlussempfehlung  
Enthaltung 3

**Sitzung des Gemeinderates vom 23.05.2006**

**Ergebnis:** beschlossen  
Ja 31 Enthaltung 08

## Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 1	+	<b>Solide Haushaltswirtschaft</b> <b>Begründung:</b> Das Konferenzzentrum soll mit möglichst geringen Zuschüssen sowie geringem Risiko für die Stadt Heidelberg verbunden sein. <b>Ziel/e:</b>
SL 5	+	Bauland sparsam verwenden, Innen- vor Außenentwicklung
SL 6	+	Flächenverbrauch senken, Flächen effektiv nutzen
UM 9	+	Trend der Zersiedlung entgegensteuern <b>Begründung:</b> Der vorgesehene Standort am Bahnhof befindet sich in zentraler innerstädtischer Lage und stellt eine Nachnutzung im Bestand dar. Er erfüllt somit die o.g. Zielsetzung. <b>Ziel/e:</b>
AB 3	+	<b>Standortvorteile als Wissenschaftsstadt ausbauen</b> <b>Begründung:</b> Die Ansiedlung eines Konferenzzentrums wird ein Angebot zur Durchführung unterschiedlichster Tagungen und Kongresse aus dem Bereich der Wissenschaft schaffen und somit die Anziehungskraft Heidelbergs als Wissenschaftsstandort in der Metropolregion stärken. <b>Ziel/e:</b>
SL 4	+	<b>City als übergeordnetes Zentrum sichern</b> <b>Begründung:</b> Ein Konferenzzentrum stärkt den Standort Heidelberg in unterschiedlicher Hinsicht und trägt somit zur Stärkung der City als übergeordnetes Zentrum bei. <b>Ziel/e:</b>
SL 3	+	Stadtteilzentren als Versorgungs- und Identifikationsräume stärken
SL 11	+	Straßen und Plätze als Lebensraum zurückgewinnen, Aufenthaltsqualität verbessern <b>Begründung:</b> Mit dem Bau des Konferenzzentrums soll der zentrale Bereich am Bahnhof als Stadteingang und „Visitenkarte“ Heidelbergs eine Aufwertung erhalten. <b>Ziel/e:</b>
MO 1	+	Umwelt-, stadt-, und sozialverträglichen Verkehr fördern
MO 7	+	„Stadt der kurzen Wege“ und Verkehrsvermeidung fördern <b>Begründung:</b> Der vorgesehene Standort für das Konferenzzentrum befindet sich in zentraler Lage am Bahnhof und ist deshalb mit umweltverträglichen Verkehrsmitteln sehr gut erreichbar.

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

(keine)

## **Begründung:**

Durch den Beschluss des Gemeinderats vom 16.02.2006 (Drucksache: 0395/2005/BV) wurde die Verwaltung beauftragt, „die für eine Umsetzung des Projektes erforderlichen Schritte zu veranlassen, mit dem Ziel, dem Gemeinderat verbindliche Angebote für die abschließende Vergabeentscheidung vorlegen zu können.“ Außerdem sollte die europaweite Ausschreibung dem Gemeinderat „zur Genehmigung vorgelegt“ werden. Im Übrigen wurde von Seiten des Gemeinderates der Wunsch geäußert, im weiteren Verfahren die Hilfe eines Steuerberaters bezüglich der Wirtschaftlichkeitsprüfung in Anspruch zu nehmen.

Nach Vorliegen von zwei verschiedenen Angeboten zur rechtlichen Beratung bei der europaweiten Ausschreibung hat die Verwaltung entschieden, Herrn Rechtsanwalt Bühner von der der KPMG (**K**lynveld, **P**eat, **M**arwick und **G**oerdeler) angeschlossenen Rechtsanwaltssozietät KDM Kessler Rechtsanwälte Steuerberater (**K**essler, **D**ietborn und **M**eixner) mit der Verfahrensvorbereitung und -durchführung zu beauftragen. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war unter anderem, dass hierbei auch eine „umfassende steuerliche, rechtliche und betriebswirtschaftliche Beratung des private-public-partnership- Vorhabens“ sichergestellt ist.

In einem ersten Schritt hat deshalb verwaltungsintern unter Beteiligung der **Heidelberger Wirtschafts- und Entwicklungsgesellschaft** und der **Heidelberger Kongress- und Tourismusgesellschaft** am 24.04.2006 ein ganztägiger „Strukturierungsworkshop“ stattgefunden, um die maßgeblichen Rahmenbedingungen einer solchen **private-public-partnership**- Transaktion darzulegen und erste Entscheidungen hinsichtlich der Strukturierung und der Gestaltung eines zweckentsprechenden Auswahlverfahrens zu treffen. Ergebnis sind unter anderem die Festlegung des weiteren Verfahrensablaufs (Anlage 1) und die beiliegende europaweite Vergabebekanntmachung (Anlage 2), die im Detail von Herrn Rechtsanwalt Bühner mündlich erläutert werden. Die bei diesem Vergabeverfahren entstehenden Kosten werden in diesem Zusammenhang ebenfalls mündlich dargestellt werden.

Kriterium eines rechtssicheren Verfahrens ist unter anderem ein transparentes und diskriminierungsfreies Wettbewerbsverfahren. Dafür ist es erforderlich, dass die vorgelegte europaweite Vergabebekanntmachung **zuerst und vor** einer nationalen Bekanntmachung erfolgt. Aus diesem Grund ist **dringend** darauf zu achten, dass Inhalte der europaweiten Vergabebekanntmachung in der Öffentlichkeit nicht bekannt und die vorliegenden Anlagen absolut vertraulich behandelt werden.

gez.

Prof. Dr. von der Malsburg